

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Christina Baum, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11147 –**

Systemisch integrativer und interessen geleiteter afrikapolitischer Ansatz für Deutschland

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, einen systemisch integrativen und interessen geleiteten afrikapolitischen Ansatz für Deutschland zu verfolgen. Dieser solle den Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit Afrika auf Kernthemen wie die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Gewährleistung der Sicherheit und die effektive Steuerung von Migrationsbewegungen legen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11147 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Volkmar Klein
Berichterstatter

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Till Mansmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Volkmar Klein, Ottmar von Holtz, Till Mansmann und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/11147** in seiner 166. Sitzung am 25. April 2024 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, wirtschaftliche Investitionen statt ideologischer Konzepte sowie eine Beendigung der wachsenden Korruption in der Entwicklungshilfe herbeizuführen.

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung, die Bereiche Landwirtschaft und Industrialisierung „made in Africa“ als Schlüsselsektoren für den Aufstieg des Kontinents zu sehen und eine Rohstoffkooperation im gegenseitigen Interesse zu fördern. Gleichzeitig solle die Global Gateway Initiative im deutschen Interesse und strategisch gezielt gesteuert werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ursachen für die zunehmende Umweltzerstörung zu benennen; dabei solle eine umweltpolitische Kooperation realistisch und pragmatisch gestaltet werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich von der dysfunktionalen multilateralen Sicherheitspolitik in Afrika und der damit verbundenen Solidarität mit Frankreich zu lösen, um stattdessen eine eigenständige Sicherheitsstrategie zu entwickeln.

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung, die deutsche Sprache im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung verstärkt zu implementieren. Weiter fordern die Antragsteller von der Bundesregierung, die Christenverfolgung zu sanktionieren und zu bekämpfen.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, das „Migrationschaos“ zu beenden, indem die vollständige Schließung der Migrationsroute über das Mittelmeer und die Etablierung dauerhafter Kontrollen an den deutschen Außengrenzen als Maßnahmen umgesetzt würden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11147 in seiner 65. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11147 in seiner 77. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11147 in seiner 76. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11147 in seiner 67. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11147 in seiner 56. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11147 in seiner 57. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass man den wohl umfangreichsten Antrag vorgelegt habe, der bisher durch den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gelaufen sei. Alles, was darin stehe, sei richtig, sinnvoll und für Afrika wertschätzend und umsetzbar. Der Antrag sei prima, denn er bespiele alles, was richtig und sinnvoll sei. Er sei ein Rohstoffprogramm, es gehe außerdem um Abholzung, Kunststoff, Wasser, Landwirtschaft, Sicherheit, Infrastruktur, Bildung, Panafrika und Global Gateway. Der Antrag sei ein afrikastrategisches Papier, und neben allen Forderungen, die man auch in dem Strategiepapier der Fraktion der CDU/CSU finde, gehe er darüber hinaus und sei viel komplexer und richtiger und tiefer ausgearbeitet; deswegen könne die Fraktion der CDU/CSU ihn nicht ablehnen. In Richtung der Fraktion der FDP erinnere er daran, dass der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, gesagt habe, dass man nicht alles Geld in die Welt verschenken dürfe, denn dafür reiche die deutsche Wirtschaft nicht aus. Es werde nach dessen Ansicht Zeit, dass man Entwicklungspolitik auch im deutschen Interesse mache. Dementsprechend könne auch die Fraktion der FDP diesen Antrag nicht ablehnen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könnte den Antrag eigentlich auch nicht ablehnen, denn sie wolle, dass Afrika prosperiere und man dort den Kolonialismus hinter sich lasse. Weil die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine offene und freie Gesellschaft kämpfe, müsste man bei diesen Abgeordneten eigentlich ein kleines Tischfeuerwerk entzünden, weil dieser Antrag das alles berücksichtige. Die Fraktion der AfD habe sich viele Gedanken gemacht. Deswegen setze man darauf, dass dieses Papier angenommen werde, denn dann könne man gemeinsam Afrika zum Wohle Deutschlands unterstützen.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass die Fraktion der AfD hier einen Antrag mit 105 Forderungen zur deutschen Afrikapolitik vorgelegt habe. Das seien zum großen Teil absurde Forderungen, die ständig wiederholt würden. Die Aussagen zu Frankreich seien genauso unerträglich wie die Forderungen zum Thema Migration. Das gelte auch für die unmenschliche Sprache, die die Fraktion der AfD verwende. Es gebe großartige Projekte von Frauen, beispielsweise in der Republik Benin. In dem vorliegenden Antrag werde von „Genderideologie“, die Deutschland den afrikanischen Ländern aufdrücken wolle, gesprochen. Es sei absurd, diesen Frauen zu unterstellen, dass man ihnen etwas aufdrücken könne. Die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen, denn man werde der weiblichen Bevölkerung in Afrika immer Respekt zollen, auch dadurch, dass man ihre Partizipation würdige. Die Fraktion der AfD rede in diesem Antrag einmal mehr von „vermeintlicher“ deutscher Kolonialschuld. Das sei unerträglich, denn damit werde nicht nur das deutsche Verbrechen während der Kolonialzeit negiert, sondern auch die historische Verantwortung Deutschlands sowie die Notwendigkeit, diese Zeit aufzuarbeiten. Der Antrag sei angefüllt mit absurden, sich ständig wiederholenden, Forderungen. Man lehne ihn und das, wofür er stehe, ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass der Antrag mit der richtigen Grundannahme beginne, dass Afrika heute weit über entwicklungspolitische Fragestellungen hinaus in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit rücke. Es werde in der Tat eine Win-Win-Situation entstehen, wenn es zu mehr wirtschaftlichem Austausch komme und mehr Arbeitsplätze und Perspektiven für die Menschen in Afrika geschaffen würden. Es gehe beim Kontinent Afrika um mehr als Entwicklungszusammenarbeit, und insofern seien Teile der Ausführungen der Fraktion der AfD sehr pointiert und auch nicht vollständig falsch. Dennoch enthalte dieser Antrag eine ganze Menge Dinge, die den Vorstellungen der Fraktion der CDU/CSU überhaupt nicht entsprächen. Dazu gehöre das Frankreich-Bashing. Man sei weit davon entfernt, zu sagen, dass Frankreich in Afrika in der Vergangenheit alles

richtig gemacht habe. Jedoch bleibe Frankreich als Kooperationspartner wichtig, und es solle weiterhin die Abstimmung gesucht werden. In der Frage, ob ein neues Bild von Russland in Afrika nötig sei, geschehe bereits einiges, um Fake News und Propaganda aus Russland entgegenzuwirken. Das gehe aber möglicherweise in eine völlig andere Richtung, als von der Fraktion der AfD gewünscht werde. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt aus, dass der Antrag der Fraktion der AfD kein großes, sondern ein vergiftetes Geschenk sei, und das werde durch die Wiederholungen nicht besser. Es gebe eine unsägliche Anbiederung an China und einen offenen Konfrontationskurs mit Frankreich. Der Klimawandel werde geleugnet, die Feministische Entwicklungszusammenarbeit abgelehnt und die Unterstützung der LGBTIQ-Community werde als paternalistisch und ideologisch bezeichnet. Da könne man sich sehr gut vorstellen, was passieren würde, wenn die AfD in Deutschland regieren würde; das sei eine gruselige Vorstellung. Man brauche sich nur in Ghana und Uganda die dortigen aktuellen Gesetze anzusehen. Die Positionen zur Aufarbeitung vermeintlicher deutscher „Kolonialschuld“ seien geprägt von völliger Ahnungslosigkeit. Die Ablehnung einer solchen Aufarbeitung werde sicherlich nicht von afrikanischen Partnern vertreten, sondern von dortigen Despoten, mit denen sich die Fraktion der AfD auskenne. In dem Antrag werde gefordert, die Christenverfolgung zu sanktionieren, aber gleichzeitig werde der Schutz anderer marginalisierter Gruppen abgelehnt. Es lohne nicht, weiteres aufzuführen; die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** hebt hervor, dass der Antragstext sehr umfangreich sei, und das zeige deutlich, dass hier Quantität mit Qualität verwechselt worden sei. Die Fraktion der FDP stimme diesem Antrag nicht zu. In Punkt 10 werde gefordert, den Aufbau von Wasserstoffwertschöpfungsketten in Partnerländern abzulehnen, aber es werde keine Antwort darauf gegeben, wie die fossilen Energieträger künftig ersetzt werden könnten. Damit stehe die Fraktion der AfD außerhalb des Konsenses in der Frage der Transformation. In dem Antrag werde dann von Rohstoffen gesprochen, aber es mache keinen Sinn, Rohstofflieferketten für einen Wirtschaftszweig zu sichern, der im Grunde abgelehnt werde, zumal die Antragsteller in dem alten System verharren würden. Bereits dieser Punkt mache es der Fraktion der FDP unmöglich, dem Gesamtkonzept zuzustimmen. Andere Aspekte, wie die Kolonialismus-Aufarbeitung, seien bereits genannt worden, und dem möchte man nichts weiter hinzufügen. Der gesamte Antrag widerspreche allem, was man in den letzten Jahren besprochen habe.

Die **Gruppe Die Linke** ist bei der Antragsberatung nicht anwesend.

Berlin, den 15. Mai 2024

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Volkmar Klein
Berichterstatter

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Till Mansmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

